2059/AB-BR/2004

Eingelangt am 11.11.2004

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Gesundheit und Frauen

Anfragebeantwortung



Frau Präsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach Parlament 1017 Wien

GZ: 11.001/0157-I/A/3/2004

Wien, am 10. November 2004

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2243/J-BR/2004 der Bundesräte Schimböck, Kolleginnen und Kollegen wie folgt:

Frage 1:

Die getroffene Aussage, dass in Oberösterreich 70% der Krankmeldungen auf Freizeitunfälle zurückzuführen sind, entspricht nicht den Tatsachen.

Frage 2:

Die Beantwortung dieser Frage erübrigt sich im Hinblick auf die Antwort zu Frage 1.

Frage 3:

Im 1. Halbjahr 2004 betrug der Anteil der Freizeitunfälle an den Krankenstandsmeldungen in Oberösterreich 6,42%.

Frage 4:

In Oberösterreich ist die Anzahl der Freizeitunfälle an der Gesamtanzahl an Krankmeldungen im Verhältnis zu den Vorjahren geringfügig rückläufig.

Demnach betrug die Anzahl der Freizeitunfälle im Jahr 2000 noch 43.653 (Gesamtanteil Freizeitunfälle: 7,31%),

im Jahr 2001 dann 41.620 (Gesamtanteil Freizeitunfälle: 6,91%),

im Jahr 2002 41.240 (Gesamtanteil Freizeitunfälle: 6,94%),

im Jahr 2003 39.085 (Gesamtanteil Freizeitunfälle: 6,58%) und

im 1. Halbjahr 2004 18.673 (Gesamtanteil Freizeitunfälle: 6,42%).

Frage 5:

Im 1. Halbjahr 2004 teilen sich die Freizeitunfälle auf folgende Bereiche wie folgt auf:

Anteil Verkehrsunfälle	0,63%
Anteil Nicht-Arbeitsunfälle	3,88%
Anteil Sportunfälle	1,91%
Gesamtanteil Freizeitunfälle	6,42%

Eine differenziertere Aufteilung bei den Freizeitunfällen kann aufgrund fehlender Daten nicht getroffen werden.

Frage 6:

Eine Unterteilung zwischen Berufstätigen und Nichtberufstätigen kann aufgrund fehlender Daten nicht getroffen werden.

Frage 7:

Die Beantwortung dieser Frage erübrigt sich im Hinblick auf die Antwort zu Frage 6.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Rauch-Kallat Bundesministerin